

# Der Volksstaat

Organ der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands.

Inserate, die Abhaltung von Partei-, Vereins- und Volksversammlungen, sowie die Filial-Expeditionen und sonstige Partei-Angelegenheiten betreffend, werden mit 10 Pf. — Privat- und Vergnügungs-Anzeigen mit 25 Pf. die dreispaltige Zeit-Zeile berechnet.

Nr. 88.

Mittwoch, 4. August.

1875.

Abonnementspreis  
für ganz Deutschland  
1 M. 50 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements  
werden bei allen deutschen  
Postanstalten auf den 1ten  
u. 1ten Monat und auf den  
1ten Monat besonders an-  
genommen; im Agr. Sachsen  
u. Herzogth. Sachsen-Altenburg  
auch auf den 1ten Monat des  
Quartals à 50 Pf.

## Die Arbeit.

Von Johann Rossi.

IV.

Ehe wir unser Thema nach anderer Richtung hin verfolgen, wollen wir noch die Frage aufwerfen: Ist die unproduktive Arbeit unter allen Umständen verwerflich? Und wir antworten darauf unbedenklich und ungerührt: Ja!

Sobald ein Bruchtheil der in einem Gemeinwesen vorhandenen Arbeitskraft ohne Verdrückung oder Ueberanstrengung ihrer Träger zur Hervorbringung aller Nothwendigen genügt, kann man sehr wohl die unter gleichem Verhältnisse noch übrig bleibende Arbeitskraft zur Erzeugung höherer Genussmittel verwenden. So lange es jedoch irgend einem Theile der Staatsangehörigen an Nothwendigem gebricht, ist die auf Luxusdinge gerichtete Produktion eine unvernünftige und ungerechtfertigte; und ein Staat, welcher sich mit der Regelung der Produktions- und Konsumtions-Verhältnisse befähigt, wolle — die volle sozial-politische Gleichberechtigung aller seiner Glieder vorausgesetzt — unmöglich eine so geratete Produktionsweise dulden. Ebenso wenig dürfte ein derartiges Gemeinwesen gestatten, daß selbst wenn Niemand am Nothwendigen Mangel leidet, höhere Genussmittel nur zu Gunsten einer Minderheit der Staatsangehörigen hervorgebracht werden. Denn wahrhaft gerecht wären Produktion und Konsumtion nur dann gestaltet, wenn die an der Produktion theilnehmende Gesamtheit auch Antheil an allen Arbeitsergebnissen, seien sie nun geeignet nothwendige Lebensbedürfnisse zu befriedigen, oder die Annehmlichkeiten des Daseins zu versüßen, nehmen können. Arbeiten die Menschen mehr als zur Herstellung des zu ihrer Existenz Nothwendigen erheischt ist, so haben sie auch ein Anrecht auf die durch solche Mehrarbeit entstandenen Dinge. Jede Regelung dieser Verhältnisse, welche nicht von solchen Grundsätzen ausgeht, beruht auf keiner sittlichen und gerechten Basis, sondern kann zu ihrer Grundlage nur die Gewalt haben. Mag man diese letztere auch mit dem Feigenblatte der „göttlichen Weltordnung“, mit dem Deckmantel der „erworbenen Rechte“, oder mit dem Flittertand „historischen Entwicklungen“ zu verdecken bemüht sein, ihre häßliche Wirklichkeit wird immer und immer wieder zum Vorschein kommen und die Augen eines Jeden, der selbige nicht absichtlich verschließt, beleuchten.

Und nun zu etwas Anderem! Wir wollen einmal die Nichtarbeiter ganz abseits setzen lassen, da deren Konsumtion ohnehin auf keine Weise mit einem sichhaltigen Reichthum aus dem Coedex des gesunden Menschenverstandes versehen werden kann; wir wollen uns nur mit den Sophistereien abgeben, welche man zu Gunsten der Hochkonsumtion Dorer geltend macht, die hohe Arbeitslöhne (Einkommen) bezichnen.

Es wird gesagt: Diejenigen, welche ein vom Durchschnittslöhne der Arbeiter eines Landes nach oben hin in erheblicherem Grade abweichendes Einkommen hätten, seien eben qualifizierte, die weniger reich entlohnten dagegen gewöhnliche Arbeiter. Sehen wir zu, was dahinter steckt!

In Bezug auf die physische Arbeitskraft sind hochgradige Qualifikationen gar nicht denkbar, da es Cyclophen nirgends giebt. Soweit es sich in dieser Hinsicht um Arbeiten handelt, die mehr als gewöhnliche körperliche Anstrengungen erheischen, werden dieselben zwar etwas besser entlohnt, als leichtere Tätigkeiten, allein vom Durchschnitts-Arbeitslöhne weichen derartige Entlohnungen nach oben hin nur höchst selten in erheblichem Maße ab. Dazu kommt noch, daß eine größere Kraftverausgabung auch einen entsprechenden Ertrag derselben nöthig macht, daß also die Mehrnahme durch die unabwendbare Konsumtion von größeren Quantitäten nothwendiger Lebensmittel paralysirt wird.

Was unter solchen Umständen eigentlich allein in Betracht kommen kann, das sind die qualifizierten Arbeiten geistiger Art. Aber auch hiermit steht es ganz anders, als häufig angenommen wird. Man kann ja zugeben, daß verschiedene geistige Arbeiten unter Umständen einen sehr hohen Werth haben können, aber es muß nachgesehen werden, ob nicht in den Resultaten derartiger Tätigkeiten außer der Arbeit, die dabei unmittelbar angewendet wird, noch manches Andere steckt.

Wer in höherem Grade geistig arbeitet, muß nothwendiger Weise eine entsprechende Summe von Kenntnissen besitzen; und diese kann er sich nicht aus den Fingern saugen. Kann sich der Betreffende rühmen, ein Autodidakt zu sein, so liegt zwar die Vermuthung, er habe sich seine Kenntnisse lediglich durch eigene Kraft und ohne fremde Beihilfe erworben, ziemlich nahe. Nichtsdestoweniger verdankt er sein Wissen jedoch im Grunde genommen nur dem Umstande, daß er auf den Schultern einer großen Anzahl anderer geistiger Arbeiter bis zu der Stufe seines Kenntnissreichthums emporgestiegen ist, und daß er Schätze einheimste, die Andere ansammelten, welche eigentlich Gemeingut Aller sind, und die nur deshalb nicht von Jedem genossen werden können, weil unter gewissen sozialen Verhältnissen die großen Volksmassen so sehr an den Fesseln der Abhängigkeit oder Knechtschaft geschmiebelt sind, daß sie weder Zeit noch Geschick zu solcher geistiger Konsumtion haben, vielmehr nur Wenige, bei welchen der Zufall den gesunden Menschenverstand vor frühzeitiger Verkümmern bewahrt, den Drang in sich fühlen, sich aus der Nacht der Unwissenheit herauszuarbeiten. Uebrigens dürfte es nur selten ein Autodidakt zu einer sehr einträglichen Stellung bringen, weil sich die privilegierten Klassen durch allerlei Manipulationen derartige Posten zu wahren wissen.

Bei Denjenigen nun, die sich ihre Kenntnisse nicht durch Selbstbelehrung errangen, sondern auf höheren Bildungsanstalten, kann

erst recht nicht davon die Rede sein, daß ihre höhere Arbeitsfähigkeit ausschließlich ihr eigenes Verdienst sei. Sie haben auch eine große Menge geistiger Produkte gleichsam verzehrt, ehe sie selbst zu geistiger Thätigkeit fähig waren. Die Arbeit der Lehrer und Professoren, von denen sie sich unterrichten ließen, die Arbeit der Eltern oder Derjenigen, welche das Besitztum derselben erzeugten, kommen so gut in Betracht, wie die schon oben erwähnte Arbeit der Lehrmittel-Erzeuger aller vergangenen Zeiten. In der Regel genießen aber überdies die höheren Schulen — von Privatunterstützungen ganz abgesehen — staatliche und kommunale Subventionen, d. h. sie werden aus den Erträgen der Arbeit Aller — denn nur dieser Quelle können die Staats- oder Gemeindefinnahmen entstammen — dotirt, und jeder Bögling solcher Institute eignet sich demnach Etwas an, was aus der Gesamtarbeit entspringt, genießt sozusagen öffentliche Unterstützung. Und nachdem unter so vielfältiger Beihilfe alle höheren Kenntnissausgerüstet und so zu qualifizierter geistiger Arbeit befähigt wurden, sollten dieselben ein Anrecht auf übertriebene Löhne für ihre Thätigkeit haben? Uns will dies durchaus nicht einleuchten. Zudem ist die Ausübung einer jeden qualifizierten Geistesarbeit auf alle Fälle weit angenehmer, als die Verrichtung irgend einer niedrigeren Arbeitsart, ja es finden sehr viele geistige Arbeiter in ihrer Arbeit selbst, resp. in den Resultaten derselben einen Genuß. Die Willkür der verschiedenen Arbeitsarten wird eben in ganz willkürlicher Weise vorgenommen; das Fortkommen spielt dabei die Hauptrolle. Selbst ganz gemäßigte und optimistisch-schönfärbende Nationalökonomien können nicht umhin, die Thatsache zu konstatieren, daß die Entlohnung der Arbeit unter den gegenwärtig geltenden Grundsätzen in demselben Grade geringer wird, als sie an Unannehmlichkeit zunimmt, und daß dagegen die angenehmsten Beschäftigungen die einträglichsten sind.

Wenn man aber das Ganze der Arbeit eines Gemeinwesens ins Auge faßt, so wird man finden, daß dieselbe total verschlungen ist, daß ein allgemeines Zusammenwirken stattfindet, welches jede Störung empfindet, die durch die Unregelmäßigkeit des Verhaltens irgend eines seiner aktiven Faktoren entsteht, und daß demgemäß schwer herausgefunden werden kann, welcher einzelne Arbeiter mehr oder weniger zum allgemeinen Gelingen beiträgt.

Je mehr sich daher die Produktion im Großen entwickelt — und nur eine hohe Entwicklung ist für die Zukunft denkbar — desto mehr verliert der einzelne Arbeiter der Produktion gegenüber seine individuelle Bedeutung, desto mehr wird er zu einem Gliede des großen, aus allen Arbeitern combinirten Gesamtarbeiters. Und nur als solches Glied kann der Einzelne bei großproduktiven Verhältnissen überhaupt thätig sein; als Isolirter, von dem allgemeinen Produktionsprozeß völlig losgetrennter Mensch ist er eine Null, seine Fähigkeiten und seine Arbeitslust mögen so groß sein, als sie wollen. Aus diesen Gründen kann nämlich nur noch von Durchschnittsarbeitern die Rede sein; und es kann sich lediglich darum handeln, daß Jeder an der richtigen Stelle dem Produktionsorganismus einverleibt wird.

Dies festgehalten, wird man zugeben müssen, daß auch eine Vertheilung des Arbeitslohnes schließlich nicht mehr statthaft sein kann. Wenn man häufig für jeden Arbeiter den Ertrag seiner Arbeit beanspruchen hört, so muß man dies lediglich dem Umstande zuschreiben, daß diese philanthropische Forderung aus einer Zeit stammt, wo die kleinbürgerliche Idee noch in den Köpfen ihren Spat trübte, und wo man sich noch nicht klar war über die unabwendbare Entwidlung der gesellschaftlichen Arbeit. Wenn man sich aber heutzutage einen Zukunftsblick denkt, wo dem Arbeiter der Ertrag seiner Arbeit zu Theil wird, so hat man diesen Gedanken zu modificiren, wenn man dem Plagereisen großer Klarheit vorbeugen will. Der Ertrag individueller Arbeit ist bei vollkommen entwickelter sozialer Produktion gar nicht berechenbar; es kann nur davon die Rede sein, daß eine producierende Vielheit von Arbeitern, ein arbeitendes Gemeinwesen, sich den Ertrag des gemeinsamen Schaffens zum Selbstgebrauch vorbehält; die Regelung der individuellen Konsumtion aber kann bei solcher Voraussetzung kein Kopfschmerzen erfordern. Gemeinsame Arbeit erheischt dementsprechend gleichartigen Antheil eines Jeden am Lebensgenuß.

Die Einwendungen, welche solche Prinzipien meist nach sich ziehen, sind nichts als Gemeinplätze, die längst ihre Widerlegung gründlich gefunden haben, weshalb wir darüber hinweggehen. Wir haben lediglich zu bemerken, daß das Leben innerhalb einer anderen Gesellschaft nicht nach den menschlichen Eigenschaften der gegenwärtigen Gesellschaft zu bemessen ist. Andere Zeiten, andere Sitten!

## Aus Rußland.

Originalcorrespondenz des „Volksstaat“.

Petersburg, den 25. Juni. Unsere „St. Petersburger Zeitung“, das Organ des äußerst reaktionären Ministeriums der „Vollbildung“ (Tolstoi und Konforten), deren Besprechungen nicht so sehr von dem Minister selbst als vielmehr von seinem Freunde, dem Sozialistenfresser und „Retter des bedrohten Vaterlandes“ Ralov in Moskau dirigirt werden, hat vor kurzer Zeit in einer Correspondenz aus Kiew eine arge Pöge der Welt zum Besten gegeben, die ziemlich unschädlich sein würde, wenn sie nicht ihren Weg in die ausländischen Zeitungen, unter anderen auch in die „Frankfurter Zeitung“ und sogar bis in den „Volksstaat“ gefunden hätte. Wir wollen die betreffende Angelegenheit an diesem Orte ganz der Wahrheit gemäß, so wie sie in den Umgebungen von Kiew selbst erzählt wird, berichten, um die Wahrheit der Verleum-

dung gegenüber wieder zu ihrem Recht zu bringen. Es handelt sich um die Bauernrevolte im Kreise Tschigirin im Gouvernement Kiew, die schon Wochen lang gedauert hatte, bevor auch nur die „gebildete Gesellschaft“ Rußlands davon Kenntniß erhielt. Dieser Aufstand hatte, gerade wie alle seine unzähligen Vorgänger, seine Ursache in den unaufhörlich von der Regierung bezogenen Ungerechtigkeiten und Bergewaltigungen, welche letztere natürlich weder durch amtliche Mittheilungen noch mit der durch die schonungsloseste Censur zum Kasstrathem erniedrigten Presse vor das Forum der Oeffentlichkeit gelangen können. Lassen sich die Ausbrüche der Volkswut einmahl nicht mehr verheimlichen, so werden ihnen falsche Gründe untergeschoben; und so wurde denn die Revolte von Tschigirin zu „bedauerlichen Unruhen“, welche als die leicht erklärlichen Folgen des Streites über die Frage, ob Gemeinbesitz oder Einzelbesitz der Ländereien vorzuziehen wären, betrachtet werden mußten. Der Gemeinbesitz sollte Veranlassung gegeben haben, daß die reicheren Bauern den ärmeren die besten Ackerparzellen wegzunehmen hätten, und darum hätten sich die Gemüther schließlich bis zur Anwendung von Gewalt erhit. Daran ist aber thatsächlich kein wahres Wort; die Sache liegt vielmehr wie folgt. Als in den Jahren 1860 bis 1871 den Bauern ihr Land zugetheilt wurde, verübten die Regierungskommissäre und die höheren Beamten des Generalgouvernements an den Bauern ganz offenbare Betrügereien, indem sie ihnen den schlechtesten, unfruchtbaren Boden als guten übergaben und die fruchtbareren Ländereien für einen geringen Preis in ihren eigenen Besitz brachten. Die Regierung selbst begünstigte diese Mandor, weil sie nach dem polnischen Aufstand von 1863 auch das ganze Gouvernement Kiew russifiziren wollte und dazu russische Beamte am besten brauchen konnte. Auf diese Weise hat sich z. B. der Herr Sobanejew, der Generalsekretär des Gouvernements, und ein geborener Sachse, Herr Dr. Wörling, nebst manchen Anderen zum Großgrundbesitzer gemacht. Bei den betrogenen Bauern ging die Landwirtschaft nun erklärlicherweise beständig rückwärts, sie konnten ihre Steuern nur unregelmäßig bezahlen und schleppten sich durch ein mangelvolles Dasein mühsam dahin, bis im April 1875 die Regierung endlich auf den Einfall kam, alles, was die Bauern aus Kiew ihr „schuldig“ waren, rückichtslos auf einmal einzutreiben. Die Bewohner dieses Landstriches aber, die heutzutage zu weilen von ihren Kosakenrechten schwärmen und sich an den in dem Dorf Labbotino geborenen kosakischen Freiheitshelden Bogdan Chmelnytzki erinnern, hatten noch Freiheitslust genug, um sich nicht ohne weiteres dem Ruin durch die Exekutionenregeln der Regierung zu unterwerfen. Sie trieben darum ihre Heerden auf das andere Ufer des Dniepr, erklärten den Exekutionenmannschaften, daß sie kein Geld zum Steuernzahlen beßßen und verlangten besseres Land zur Bewirtschaftung als das ist, was man ihnen zugetheilt hat. Trotzdem jedoch die Beamten sehr gut wußten, daß die Bauern wirklich nicht den Regierungsforderungen nachkommen konnten, ohne sich zu Grunde zu richten, rückte ihnen der Generalgouverneur Danduk-Korsakoff selbst mit ganzen Regimentern von Soldaten auf den Leib und prügelte sie wochenlang unvermüdet durch, in der Absicht, ihre letzten Mittel mit der Last zum Widerstande aus ihnen herauszuloltern. Daß dergleichen „liberale“ Maßregeln, für die man übrigens in Rußland schon den technischen Ausdruck „Steuergeld ausprägeln“ kennt, Anlaß und gewiß gerechtes Anlaß zu „Unruhen“ geben mußten, wird kein vernünftiger Mensch bestreiten wollen. Nachdem der Steuerausprägelnfeldzug ziemlich lange Zeit gedauert hatte, zog Danduk wieder nach Hause, ließ aber zur „Beruhigung“ eiliche Bataillone in den durchprügelten Landstrichen jurist und setzte eine Kommission nieder mit dem eht russisch-nativen Auftrage, die Quelle der Unruhen aufzufinden und zu studiren. Welch neue Pögen diese famose Kommission der Welt noch aufdecken wird, darüber werde ich Ihnen wohl in einem meiner nächsten Schreiben berichten können.

## Politische Uebersicht.

— Wie Deutschland seine Helden lohnt hat der „Volksstaat“ bereits an mehr als einem Beispiele gezeigt. So deutlich aber wie das der nachfolgende Bericht über eine Gerichtsverhandlung vor dem Münchner Bezirksgericht thut, ist es kaum je geschehen. Rudolph Hailer heißt es in diesem Bericht, ist jener Unglückliche, der, im letzten Kriege auf das furchterlichsten zugerichtet, nur durch das chirurgische Meisterstück des General-Stabsarztes Dr. Ruffbaum am Leben erhalten wurde, obgleich er Zeitlebens ein bemitleidenswerther Krüppel bleiben und seine Gesundheit nie wieder erholen wird. Wahrscheinlich um eingedrungene Splitter und abgelöste Knochenstücke zu entfernen, mußte sich der gefeierte Chirurg entschließen, die Wirbelsäule bloßzulegen, welche Operation s. B. in ärztlichen Kreisen so großes Aufsehen erregte. Sein linker Arm scheint ganz zerfressen gewesen zu sein, denn, obgleich äußerlich bis auf eine Menge offener Wunden geheilt, gleicht er doch nicht mehr einer menschlichen Gliedmaße. Dieser Rudolph Hailer nun bezog früher eine Pension von monatlich 26 fl., seit Kurzem erhält er 36 fl. Laut diversen Apotheker-Rechnungen verbrauchte er innerhalb 2 Jahren für 1700 fl. Morphium (N), das kann derselbe heute noch nicht entbehren, weil er außerdem die größten Schmerzen nicht zu ertragen vermag. Er führt daher das Morphium-Glas überall mit sich und er macht auch heute wieder im Nebenzimmer davon Gebrauch, wobei sein ganzer Körper, wie ich mich persönlich überzeugte, fortwährend von Convulsionen erschüttert wurde. — Hailer, der auch noch verheiratet ist, besand sich, wie man sich wohl denken kann, fortwährend in drückender Noth und Dürftigkeit. In dieser

hörte er von einem Geldverleiher Sauer, und schrieb diesem um ein Darlehen, wobei er eine Monats-Pensions-Anweisung (Zufuß) beilegte. Er glaubte nämlich das Geld schon vor Ablauf der Rückzahlung zurückzahlen zu können, irrte sich jedoch hierin, und als Sauer nach Ablauf der Frist von der Darlehen-Gebrauch machen wollte, hörte er, daß wahrscheinlich Hailer's Frau die Pension schon erhoben habe. Sofort wurde Hailer verklagt und ihm die Absicht des Betrugs vorgeworfen, die er nach seinen glaubwürdigen Aussagen niemals gehabt hatte. Dies legte der Staatsanwalt, Baron Leonrod, klar auseinander und gab höchstens zu, daß vielleicht eine, wenn auch nicht beabsichtigte Unterschlagung vorliegen könne. Der Gerichtshof aber traf gewiß das Richtige, indem er beide Annahmen verwarf und die Freisprechung des Angeklagten aussprach, da nach der ganzen Art und Weise, wie die Schuld kontrahiert wurde, nimmermehr angenommen werden könne, daß Hailer dabei eine verbrecherische Absicht gehegt habe, daher jede Voraussetzung zur Verurteilung fehle. Allein schon das Plethoyer des Staatsanwalts setzte dem Unglücklichen derartig zu, daß er, nachdem sich der Gerichtshof in's Berathungszimmer zurückgezogen hatte, bewußtlos zusammenstürzte und sich unter konvulsischen Zuckungen auf dem Boden wand; erst nach einer halben Stunde erholte er sich im Nebenzimmer so weit, um sich selbst am linken Oberarm, wenn man den Stumpf so nennen kann, Morphium einspritzen zu können."

Ein Commentar hierzu ist überflüssig! Nur ein kleines Rechenexempel zum Schluß: Der Mann braucht zur Beschäftigung „gräßlicher Schmerzen“, gezogen durch den „Dienst für's Vaterland“, binnen zwei Jahren 1700 fl. und erhält während dieser zwei Jahre für seinen und seiner Familie ganzen Lebensunterhalt ungefähr, d. h. nach den vorliegenden Angaben so hoch als möglich gerechnet, 750 fl., also fast 1000 Gulden weniger, als er allein zur Stillung seiner gräßlichen Schmerzen verwenden muß. So dankbar ist das Vaterland! Wäre es nicht noch unendlich menschlicher, derartige Invaliden todzuschlagen, als sie sich über alles Begreifen elendes Dasein hinschleppen zu lassen?

**Militärische Liebenswürdigkeit.** Die „Volkszeitung“ erhält von Memel, 26. Juli folgende Mittheilung: „Bei einer militärischen Felddienstaube einer Compagnie des hier garnisonirenden Infanterie-Regiments schwärmten die Soldaten durch die beständigen Felder und ungemähnten Wiesen des Gutsbesizers L. auf P. aus, was diesen veranlaßte, sich in Begleitung eines anderen Gutsbesizers und Landwirthschaftsbeamten an den Compagnieführer Hauptmann v. F. zu wenden und ihn auf den erheblichen Schaden aufmerksam zu machen, der ihm zugefügt werde. Die Antwort des Hauptmanns lautete: Es sei höchst sonderbar, ihm etwas bemerkt zu machen zu wollen; Herr L. habe ihm nichts bemerkbar zu machen, wenn er aber fernere mit ihm reden wolle, so möge er zuvörderst die Hand aus der Tasche und die Mütze abnehmen, das sei er so gewohnt, sonst stände er ihm gar nicht Rede, denn er sei königlicher Hauptmann. Nach dieser laut abgegebenen Antwort machte der Herr Hauptmann mit seinem Pferde kehrt und marschirte mit seiner Compagnie abermals durch eine ungemähnte Wiese des Gutsbesizers L. Letzterer wandte sich nun an den betreffenden Bataillonkommandeur und ersuchte denselben, den Hauptmann v. F. zur Rücknahme seiner ungeziemenden Redensarten zu veranlassen, was der Herr indes mit dem Bemerkten verweigerte, er sei zu diesen Äußerungen provoziert worden. Die „Volkszeitung“ „hofft“, daß die vorgesetzte Behörde des Hauptmanns v. F. dem Herrn bemerktlich machen wird, daß auch ein königlich preussischer Hauptmann das nicht anger Acht lassen darf, was man sonstwo unter Anstand versteht.“ — Da steht man wieder einmal, was diese Fortschrittler für unreise Ansichten von dem Wesen eines Militärhaupts und der „Würde“ des „herrlichen Kriegsherrn“ haben. Sie haben eben „nichts gelernt“ und sind unermüdetlich im Vergessen.

**Die Sicherheit der Person in Deutschland.** Vor einigen Tagen hatte in der Wohnung des Bürgers E. in Gnesen eine polizeiliche Hausdurchsuchung stattgefunden, welche die Ermittlung eventuell Verhaftung des Sohnes des erwählten Bürgers, eines Weltgeistlichen, bezweckte. Da dieser aber, trotz sorgfältigsten Nachsuchens, hier nicht zu finden war, so hielt sich der Polizeidiener hartnäckig an den zweiten Sohn des Herrn E. und zeigte große Lust, denselben durch ein qui pro quo als Siegestrophäe mitzunehmen, bis man ihm auseinandersetzte, daß dieser zweite Sohn ein Gymnasiallehrer und verheirathet sei, und also unmöglich der gesuchte Geistliche E. sein könne. Verdrücklich zog die Polizei ab. Am 23. d. nun wurde obengenannter Gymnasiallehrer wiederum von der Polizei mit einem Besuche beehrt und nach dem Aufenthaltsorte seines vielgesuchten geistlichen Bruders befragt. Er erklärte, diesen nicht zu wissen, zugleich aber auch, daß er sich nicht verpflichtet fühle, gegen seinen Bruder selbst vor Gericht, geschweige denn vor der Polizeigewalt zu zeugen. Damit schien die ganze Affaire beendet zu sein. Gegen 6 Uhr Abends desselben Tages ging der Herr Gymnasiallehrer in die Stadt und — man höre! — der Polizeidiener verhaftete ihn auf offener Straße und führte ihn ins Gefängniß, in welchem er, dem „Kur. Post.“ zufolge, bis zum 26. Juli verblieb und dann ebenso ohne Angabe der Gründe entlassen wurde, wie er verhaftet worden war. Die Jagd auf den Geistlichen E. meint die „Germania“, der diese Daten entnommen sind, dürfte wohl mit den Recherchen nach dem berühmten und doch unbekannten Excommunicator des Herrn Rid zusammenhängen.

Jeder Deutsche wird — das ist die Moral der Geschichte — allgemein zu einem willenlosen, vollständig slavischen Werkzeug in der rohen Faust jeder beliebigen hohen oder niederen Polizeiseele. In nicht gar zu langer Zeit wird sich selbst der unschuldigste Mensch, der nicht selbst Polizist oder Reptil ist, gratuliren können, wenn er ein ganzes Jahr überstanden hat, ohne auch nur ein einziges Mal pour le roi de Prusse — für nichts und wieder nichts — eingesperrt worden zu sein. Dann werden die Philister des Indifferentismus, der politischen Gleichgültigkeit, schließlich zu fühlen beginnen, wie angenehm es ist, sozialdemokratischer „Agitator“ d. h. den Bärtlichkeiten der Polizeihörzen am weissen angehängt zu sein.

**Verschiedenes Maß und Gewicht.** Aus Frankfurt a. M. schreibt man vom 28. d. M.:

Heute Vormittag gegen 12 Uhr wurde dem Redacteur der „Frankfurter Zeitung“, Dr. Stern, das Urtheil des Obertribunals auf seine Beschwerde hinsichtlich des Zeugenzwanges in Sachen der Geraer Z.-Correspondenz verkündet. Das Obertribunal verwarf die erhobene Beschwerde, weil die Angabe, daß Correspondenzen auf der Redaktion überarbeitet, resp. hergestellt würden, allein nicht hinreichend sei, den Redacteur von der allgemeinen Verpflichtung des § 155 zu entbinden. Weiterhin wurde Herrn Dr. Stern von dem Untersuchungsrichter eine Frist bis zu Freitag

Mittag 12 Uhr gestellt, bis wohin er eine eidliche Aussage zu machen habe, widrigenfalls sofort Haftbefehl gegen ihn erlassen werde. Das Urtheil gegen die beiden Mitredacteure, Herren Sewigh und Curti, welche hinsichtlich des Autors eines Leitartikels über den Reptilienfond Aussagen machen sollten, lautete ähnlich und wurde ihnen der gleiche Termin gestellt. Herr Dr. Holtz befindet sich zur Zeit auf einer Erholungsreise und wird ihm daselbe Urtheil nach seiner Rückkehr publicirt.

Gegen die radikale „Frankfurter Zeitung“ wird also wirklich wegen verschiedener Bagatelien mit einer selbst im neuen Reich beispiellosen Härte vorgegangen — gegen die „Kreuzzeitung“, welche jene tödtlichen Beleidigungen gegen den Schöpfer der ganzen Reichs-Herrschaft zu Markt gebracht hat, finden nachgerade selbst die letzten Reptile nicht einmal Worte der Abwehr mehr! Ob es wohl noch Leute geben mag, welche nicht wissen, warum so verschieden gemessen werden muß?

Weitere Nachrichten aus Frankfurt, 30. Juli melden: Die Redacteure der „Frankfurter Zeitung“ haben die Nennung der Namen der Verfasser dreier incriminirter Artikel bis heute Mittag 12 Uhr verweigert, weshalb die ihnen angebrohten Folgen (Zwangshaft) eintreten. Auf Montag ist nun auch der jetzige verantwortliche Redacteur des Blattes, Herr Eduard Sad, vor das 1. Rügegericht geladen, um als Zeuge in Untersuchungsachen gegen den Verfasser der Z.-Correspondenz aus Gera vernommen zu werden.

**Fortschritte nach Krebsmanier.** Die neueste Nummer der „Bage“ enthält folgendes „Dummi“ unterzeichnete Eingekandt: „Für die Reichs-Justiz-Commission. Im „Novum corpus constitutionum Prussiae-Brandenburgensium“ findet sich eine Verordnung, um die Prozesse zu verkürzen, und darin heißt es in § 9: „Ist eine des Verbrechens verdächtige Person in Untersuchung gerathen, und ist, weil sie nicht überwiesen werden kann, von fernerer Untersuchung abgesehen, so soll, wenn im Verlauf der Zeit durch nachherige Begebenheiten die völlige Unschuld dieser Person nicht wird, solche nicht nur vollkommene Restitution der Kosten, sondern auch aus der Sporel-Kasse desjenigen Collegii, wo die Untersuchung geschwebt, eine nach Bewandniß der Umstände und der Verschwiegenheit des Standes billigmäßig zu arbitrende Vergütungs-Summe erhalten, damit die nachher entdeckte Unschuld, wegen alles bei der ersten Untersuchung erlittenen Ungemachs, schablos gestellet werde.“ So hielt es der aufgeklärte Absolutismus und weniger wird doch der sehr erleuchtete Constitutionalismus unserer Tage auch nicht leisten wollen, damit nicht die vor Jahren schon von J. Jacoby und nun auch von dem Herrn Richter gestellte Frage, was besser sei, ob Absolutismus oder Scheinconstitutionalismus, neue Nahrung erhalte. Wir empfehlen daher Obiges der Reichs-Justiz-Commission zur geneigten Beachtung.“

Die Frage, was „besser“ sei, der Absolutismus von einst oder der Scheinconstitutionalismus von heute, ist für das Volk entschieden, welchem ein aufrichtiger und entschiedener Gegner lieber ist, als ein mit der Maske der Freundschaft bekleideter Feind!

**Edele Dreistigkeit liberalen Seelen.** Der bekannte rheinische Sozialistendichter, Schulze ist sein Name, schreibt der „Concordia“ vom Mittelrhein, 26. Juli, Folgendes:

„Vor einiger Zeit hat der „Volksstaat“ uns einmal 300 Mark für jede unberichtigte Unwahrheit offerirt, die wir ihm nachweisen könnten. Das ist im Bestig gefunder Sinne beständlicher Mensch daran denken konnte, das edle Blatt beim Worte zu nehmen, versieht sich von selbst; die Weltanschauung desselben ist ja eine derartige, daß der Versuch einer Einigung über den Begriff dessen, was Wahrheit und was Lüge ist, selbst bei Voraussetzung der vollsten bona fides total aussichtslos ist, und letztere Voraussetzung aufrecht zu erhalten, ist uns schon bei unzähligen Anlässen schlechterdings unmöglich gemacht worden. Kein unbefangener Mensch, der den „Volksstaat“ regelmäßig liest, kann übrigens darüber im Zweifel sein, daß eine, die gedruckte Lüge beim Schopf nehmende Gesetzgebung fast in jeder Kammer des genannten Blattes Stoff finden würde. (!) Lediglich als drastisches Beispiel hiervon möge Folgendes dienen. Der Anfall der bayerischen Landtagswahlen hat den „Volksstaat“ zu der freudigen Mittheilung an seine Leser begeistert (!) der Liberalismus bezw. die reichstreue Gesinnung habe nach Ausweis dieser Wahlen im Vergleich zu den letzten Wahlen in Bayern an Boden verloren. Man mag über das Endergebnis der bayerischen Wahlen denken wie man will, so bleibt doch das eine unbestreitbare Thatsache, daß obige Behauptung des „Volksstaats“ der Wahrheit geradezu in's Gesicht schlägt; die ultramontanen Blätter selbst wagen nicht in Abrede zu stellen, daß das Resultat der Wahlen ein für sie unbedeutendes, grade auch im Vergleich zu den früheren Wahlen ungünstiges zu nennen ist, und daß auch der etwaige Einfluß der vielbesungenen „Wahlkreis-Geometrie“ hierin nichts Wesentliches ändert. Nun, man kann sich ja irren; dann macht man eben den Irrthum wieder gut, und dies ist um so eher thunlich, als es ja gewisse Mittelchen der Journalistik giebt, welche es ermöglichen, scheinbar der Wahrheit die Ehre zu geben, und in Wirklichkeit doch Nichts zu widerrufen. Der „Volksstaat“ aber hat nicht einmal dies für der Mühe werth gehalten. Das Blatt, welches, wie es stolz behauptet, nur der Wahrheit dient, welches einer nichtausgehenden Zeit den Spiegel wahrer Sittlichkeit und Ehrenhaftigkeit vorzuhalten sich berufen hält, dieses Blatt hat jene, zweifelloso erlogene Nachricht einfach stehen lassen. Und da seitdem schon zwei Nummern erschienen sind, so wird es hierbei auch wohl bleiben!“

Unser Schulze scheint in verzweifelter Geldverlegenheit zu sein! Mitleidig wie wir sind, wollen wir ihm in seiner großen Noth nach Kräften beistimmen. Also, Herr Schulze, wenn Sie, statt in's Blaue hinein die Reptilienphantasieen nachzubehaupten den Wortlaut der angeblich „verlogenen Nachricht“ des „Volksstaats“ wiedergeben und durch Beweise ihre Grundlosigkeit darzuthun haben werden, wenn Sie, um Ihnen die Sache so leicht wie möglich zu machen, gezeigt haben werden, daß die Zahl der ultramontanen Wähler im Verhältnis zur Zahl der liberalen seit der vorletzten Wahl in Bayern gesunken oder auch nur sich gleich geblieben ist — ja, Herr Schulze, dann sollen Sie die 300 Mark wirklich haben! Wenden Sie aber, wenn anders Ihnen solche Enthaltsamkeit noch möglich ist, nicht etwa „gewisse Mittelchen der Journalistik“ an, welche es ermöglichen, scheinbar der Wahrheit die Ehre zu geben — unsere Leser sind an klare Beweise gewöhnt, wir nehmen kein X für ein U! Sollten Sie aber innerhalb 14 Tagen den Beweis der „Verlogenheit“ des „Volksstaats“ in diesem konkreten Falle nicht erbracht haben, lieber Schulze, so gestalten Sie wohl, daß wir Ihnen ein neues kleines Brandmalchen zu den übrigen auf die — Dichterstirne drücken? Wie denken Sie darüber, Herr Schulze?

Der bankrutte Kaiserstaat Oestreich pfeift auf dem letzten Loche, wenigstens lassen die Gewaltmaßregeln darauf schließen

mit welchen die österreichischen Behörden in kindlicher Rindheit der Arbeiterbewegung das Lebenslicht auszublenden gedenken. So schreibt man uns aus Prohnik: „Am 21. Juli fand in dem Locale des hiesigen Arbeiterbildungvereins eine Hausdurchsuchung statt, wobei Zeitschriften, unter denen sich auch der „Volksstaat“ befand, sowie verschiedene Broschüren von Lassalle mit Beschlag belegt wurden.“ Daß man mit solchen Kraftstückchen nur Del ins Feuer gießt, scheint das bornirte Staatsbreitenthum nicht begreifen zu wollen.

Beim Brünner Strike, dessen Beilegung immer noch nicht erfolgt zu sein scheint, hat sich abermals so recht deutlich gezeigt, daß die Arbeitgeber den Arbeitern gegenüber Alles für erlaubt halten. Die Nachgiebigkeit, welche sie am 21. und 20. Juni zur Schau trugen (wodurch das falsche Gerücht von der Beendigung des Strikes veranlaßt wurde) war, wie sich jetzt herausstellt, nur eine Falle. Sie wollten die Arbeiter in die Fabriken locken, um einige angefangene Arbeiten, die im unvollendeten Zustand verdoeben wären, rasch fertig zu machen. Ein Theil der Arbeiter ging auf den Leim, und — wurde sofort nach gethauer Arbeit wieder an die Last gesetzt! — Fürwahr, zur Bezeichnung solchen Benehmens fehlen uns die geeigneten Worte. Und diese Treulosigkeit noch obendrein gegen verhungerte Menschen!

**Arbeits-einstellungen.** Nach einem Telegramm vom 29. Juli sollen am Gotthard-Tunnel in der Schweiz 2200 Arbeiter die Arbeit niedergelegt haben, um höhere Löhne zu erzwingen. Bis dahin wäre die Glaubwürdigkeit der Mittheilung nicht anzuzweifeln, wenn aber das Telegramm weiter meldet, die Arbeiter hätten sich bewaffnet und verperrten den Zugang zum Tunnel, so sind diese Angaben und die weitere Mittheilung, es hätte bereits ein blutiger Zusammenstoß mit dem Militär stattgefunden, wahrscheinlich erfunden, da es wohl keinem Arbeiter in den Sinn kommen kann, wegen einer Lohnerhöhung die Waffen zu ergreifen.\*)

In England ist der bereits in voriger Nummer von uns signallirte Strike der Baumwollenspinner von Oldham, Waples Whley nun wirklich ausgebrochen, und sind an demselben 12 bis 15000 Arbeiter theilhaftig. Lohn-differenzen bilden das Streit-object.

**Der große Strike der Bergarbeiter in Pennsylvania (Nordamerika)** ist beendet; die Arbeiter sind besieg, besigt durch — die Arbeiter. 30,000 Streikende boten Monate lang dem übermüthigen Geldprogenthum müthig die Stirn, aber vergebens. Mangelhafte Organisation und Uneinigkeit brachten den Arbeitern die Niederlage bei. Theils hatten an dem Strike, wie aus der nachfolgenden Ansprache hervorgeht, nicht alle Bergarbeiter Theil genommen, theils auch gelang es den Grubenbesitzern, Erzas, wenn auch schwachen, an Stelle der Ausstehenden sich zu verschaffen. Jetzt, nach beendtem Strike richtet der Präsident der Bergarbeiter-Assoziation, John F. Welsch, folgende Worte an die Mitglieder:

„Brüder! Was ich stets gefürchtet, seit unsere Genossen von Hyde Park (einem benachbarten Distrikt) sich weigerten anzustehen und gemeinsame Sache mit uns zu machen, ist über uns hereingekommen. Wir sind geslagen, durch die nicht zu beschwichtigenden Nothschreie unserer Frauen und Kinder gezwungen, Bedingungen anzunehmen, welche, wie wir der Kohlenbörse und dem Publikum bereits gesagt, wir unter keinen andern Umständen und hätten auferlegen lassen. Indessen genießt es braven Männern, nicht den Rath zu verlieren, wie elend auch die augenblickliche Lage, und wie trübe die späteren Aussichten erscheinen mögen. Ich hoffe daher, daß Ihr guten Rathes sein werdet, daß Ihr sorgsam erwägt, was zunächst zu thun, und daß Ihr in Eile Nichts thun werdet, was Ihr bei ruhigem Nachdenken bereuen dürft. In diesem Augenblick will ich Euch nicht die Zweckmäßigkeit des Festhaltens an dem wackeren Fahrzeuge der Union aufdrängen. Meine und Eure Belüsterungen sehen die Union herab und werden Euch gegen dieselbe oder mindestens gegen die sogenannten „Führer“ warnen, und es ist deshalb besser, wenn Ihr, unbeeinträchtigt von mir, das künftig einzuschlagende Verfahren bestimmet. Alles was ich von Euch verlange, ist, daß Ihr Euch verhaltet wie ächte Männer, die zwar in der Schlacht überwältigt, sich der Sache nicht zu schämen brauchen, welche unter dem Druck einer insamen Verschwörung, begünstigt durch ein beispielloses Zusammenstreifen unangünstiger Umstände, augenblicklich unmöglich ist. In Kürze werde ich den Vollziehungs Rath einberufen und hoffe, daß alle Districte wie gewöhnlich vertreten sein werden durch Delegirte, welche vorbereitet sind, frei und furchtlos dem Willen ihrer Constituenten Ausdruck zu verleihen. Brüderlich John F. Welsch.“

**Zustände in Serbien.** Man schreibt uns aus Serbien: Der bekannte Volksvertreter in der verflochtenen serbischen National-Versammlung Adam Bogosavljevit's (absolvierte die philosophische Fakultät und ist jetzt ein simpler Bauer) wurde wegen seiner sozialistischen Gesinnung und einer stattgehabten Scene mit dem Ministerpräsidenten vor einem Monate nach der Stadt Negotin abgeführt und verhaftet, aber durch seine Landsleute, die ihn wegen seiner Aufrichtigkeit sehr achten und lieben, gewaltsam aus dem Gefängnisse entführt.

Darob waren die „constitutionellen“ Nachthaber sehr erzürmt und gingen schon mit dem Vorhaben um, über den östlichen Theil Serbiens den Belagerungszustand zu verhängen; doch befanden sich unter ihnen auch mehrere Feiglinge, deren erster der Urheber dieser Affaire, der „energische“ Ministerpräsident Daniel Stefanovits war, welche erklärten, daß keine genügenden Mittel (Palver, Blei etc.) vorhanden seien, ein solches Wagniß auszuführen, und, wenn das auch der Fall wäre, würde es nichts nützen, weil ohnehin im ganzen Lande seitens des Volkes ein Belagerungszustand erklärt wäre, dem nicht so leicht zu widerstehen sei.

Das Volk ist auf das äußerste vorbereitet, um den Elenden einmal das Handwerk zu legen. Außer dem Wohnorte des Bogosavljevit's haben sich noch 12 umliegende Ortschaften das gegenseitige Versprechen gegeben, gegen die Tyrannen unmaßsichtlich vorzugehen.

Adam Bogosavljevit's wird unterdessen von einer bewaffneten Schaar seiner Landeskente bewacht.

Das „starke“ Ministerium konnte sich unter allen Umständen keine „Satisfaktion“ (Genugthuung) (obwohl sich die Majorität für die „Dezimierung der Rebecken“ ausgesprochen) auf göttlichem d. h. „gesetzlichem“ Wege verschaffen und gab seinen Abschied, der aber einweilen nicht angenommen wurde, weil keiner der zahlreichen Diplomaten, denen man ein Ministerportefeuille angetragen hatte, auf den Leim gehen, die Wristen der „Staatsbreiterei“ annehmen wollte.

Daß man nicht nur gegen Adam Bogosavljevit's, sondern gegen \*) Der Zusammenstoß mit dem Militär hat nach verschiedenen übereinstimmenden Telegrammen wirklich stattgefunden und sind mehrere Arbeiter tod auf dem Plage geblieben.

einen jeden Freigeistlichen los geht, beweisen die vor uns liegenden Thatsachen; der sozialistisch gekannte Miklan Milovanovits mußte sich nach Kumanien flüchten, um den Chikanen zu entgehen, Ranko Tajshits wurde verhaftet, Mia Moits wurde im Kaffeekaufe — vergiftet!! (Man vergesse nicht, daß Serbien auch eine Art „Kulturstaat“ sein will!) Mit dieser Maßregel wird das verarmte Volk noch „rebellischer“, der Druck erzeugt den üblichen Gegendruck. Die weiteren Vorgänge werde ich nicht ermangeln, Ihnen sogleich wahrheitsgetreu zu berichten.

### Innere Partei-Angelegenheiten.

Zu Agenten des Vorstandes wurden ferner ernannt für Altona: A. Bauer; Baden i. B.: H. Kesselbosch, G. Frey; Calau: F. Sommer, W. Krüger; Camenz: E. Wendt, J. W. Werner; Crimmitschau: F. Böttcher, A. Seibt; Darmstadt: J. Vohn, A. Feuchtmann; Dreifährigen: H. Heinze, G. Heinrich; Eilenburg: W. R. Sperling, W. Köhler; Eintracht: F. A. Müller, C. G. Mehnert; Friedrichstadt: F. Drees, W. Salig; Gera: H. Seinig, A. D. Böttger; Goldlauter: Chr. Weiß, J. Heim; Halberstadt: F. Voigt, F. Martini; Heidelberg: J. Köhler; Jasmund: W. Puth, N. Pfl; Pichlerstein: E. Wetterlein, W. Müller; Mühlheim a. M.: H. Winkel, J. Röder; Pöhlau: G. Landrock, F. Reichelt; Neustadt a. d. H.: R. Pfalzgraf, Ph. Schmidt; Rortorf: H. Jangjohann, W. Kröger; Oberort: G. Schulze, G. Krauß; Pommernburg: E. Vorchard, W. Schredenberg; Sorau: A. Scholz, E. Lorenz; Stettin: J. Dunst, Bigall; Suhl: A. Habel, W. Wegel; Viersen: J. Leuf, A. Hirsch.

Wir bitten, bei neuen Anmeldungen die genauen Adressen beider Agenten anzugeben.

Hamburg, 31. Juli 1875.

Mit sozialdemokratischem Gruß

J. A.

J. Auer, E. Derossi, große Rosenstraße 36, II.

### Gewerkschaftsgenossenschaftliches.

#### Gewerkschaft der Schuhmacher.

Berlin. Zur Beachtung für Schuhmacher. Den Kollegen zur Nachricht, daß in Berlin eine freie Krankenkasse besteht, und werden alle Hiesigen sowie von auswärts Zureisende ersucht, sich derselben anzuschließen. Die Aufnahme findet jeden Montag Abend in der Schuhmacher-Versammlung bei Gratzweil, Kommandantenstraße 77/79, statt.

Zugleich sei hier kurz die letzte Abrechnung vom 1. Januar 1875 bis 1. Juli 1875 erwähnt: Einnahme 1289 Mrk. 15 Pf. Ausgaben 1089 Mrk. 67 Pf. Bestand 199 Mrk. 67 Pf. Gesamtvermögen 799 Mrk. 48 Pf. Der Vorstand.

#### Allgemeiner deutscher Schneiderverein.

Berlin, 29. Juli. In der am 28. Juli abgehaltenen geschlossenen Mitgliederversammlung wurde Herr Höppler als Delegierter zur Generalversammlung sowie auch zum Kongress gewählt. Wir ersuchen deshalb die Kollegen in Mecklenburg, welche nicht in der Lage sind, selbständig einen Delegierten zu schicken, unserem Delegierten die Mandate übertragen zu wollen. Die Adresse des Herrn Höppler ist: Wienerstr. 29, Hof Quergebäude 3 Tr. in Berlin.

Mit collegialischem Gruß

F. Fischer, F. Boche.

Leipzig. Allen Delegierten zur Nachricht, daß der Congreß Sonntag den 8. d. Mts., Morgens 10 1/2 Uhr pünktlich eröffnet wird, es ist also nöthig, daß alle Delegierten schon am Sonnabend hier eintreffen.

Weiter machen wir darauf aufmerksam, daß ein Empfang der Delegierten auf den Bahnhöfen nicht stattfindet, jedoch werden bei den am Sonnabend Abend nach 8 Uhr eintreffenden Jünger Comité-Mitglieder — an roten Schleifen kenntlich — amwesend sein. Wir ersuchen deswegen die Delegierten, sich direkt vom Bahnhof aus ins „Edorado“ in der Pfaffenwörferstraße zu bemühen, wo das Comité fortwährend vertreten ist.

Alle noch nicht angemeldeten Delegierten ersuchen wir, dies umgehend zu thun.

Mit Brudergruß J. A.: Edw. Witt, Neumarkt 29.

#### Gewerkschaft der Manufaktur-, Fabrik- und Handarbeiter beiderlei Geschlechts. (Eig. Weimar).

Apolda. Laut Bekanntmachung der Vorortverwaltung findet die Generalversammlung am 19. und 20. September d. J. in Apolda statt. Wir bitten nun die Delegierten, sich sofort nach erfolgter Wahl bei Unterzeichnetem anzumelden, und sichern allen Delegierten, welche diese Bitte erfüllt haben, Frei-Quartiere zu.

Das Local-Comité.

J. A.: E. Kettel, Vorsitzender.

#### Berein der Sattler und Vernsgenossen.

Der Bericht der Controlcommission in Betreff meiner Amtsniederlegung steht zu dem meinigen in Widerspruch, indem jener bekannt macht, daß die Briefe vom 1. August ab an Births, während der meinige mittheilt, alle schriftlichen Nachrichten seien noch bis nach Bestätigung des neugewählten Vorsitzenden an mich zu richten. Da der Bericht der Controlcommission auch im „Neuen Social-Demokrat“ veröffentlicht wurde, so kann derselbe als der gültige angesehen werden, und sind also vom 1. August ab alle Correspondenzen an W. Births, Alexandrinstraße 116, zu richten.

Mit Gruß E. Henke.

Freund Neubauer bitte um seine Adresse.

Berlin, Henke, Adersstraße 27/28.

#### Gewerkschaft der Maurer und Zimmerer.

Braunschweig, 30. Juli. In der am 27. Juli stattgehabten Versammlung der Gewerkschaft der Maurer und Zimmerer wurde als Bevollmächtigter Unterzeichneter wiedergewählt, als Kassirer der Gewerkschaftskasse wurde Wilhelm Petermann, Johannisplatz 1, als Kassirer der Krankenkasse Ch. Krasse, Beckenwergerstr. 20, und als Schriftführer W. Müller gewählt.

J. A.: E. Weber, Bevollm., Langestr. 17.

#### Allgemeiner deutscher Tischlerverein.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß die Differenzen in Wiesbaden gütlich beigelegt sind.

Jos. Schweiß, Vors., Karlstraße 28.

### Correspondenzen.

Mittweida, den 26. Juli. Vergangenen Sonntag fand hier in den Lokalitäten des Schützenhauses ein von hiesigen Sozialisten veranstaltetes Volksfest statt, bestehend in Concert, Festrrede und

Ball. Parteigebäude von Rath und Fern waren herbeigeeilt, zum Theil in Begleitung von Frau und Kindern, um das Fest zu verschönern. Wohl an 7 bis 800 Theilnehmer füllten den schön gelegenen Garten bis auf den letzten Platz. Viele mußten sogar stehen. Nachmittags nach 4 Uhr erhielt Noteller aus Leipzig das Wort, um in zündender, gebieterischer Rede die Herzen der versammelten Proletarier zu beleben und sie zum neuen Kampf zu führen. Selbst auf die aufwendenden Gegner machten die beredten Worte Noteller's sichtbar einen gewaltigen Eindruck, denn athemlos und gespannt folgten sie dem Vortrage, ohne auch nur ein Zeichen der Müßiggelung von sich zu geben. Der Redner schloß mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie und die internationale Verbrüderung aller Menschen, in welches die Anwesenden begeistert einstimmten. Nachdem die engagierte Musikkapelle noch einige Pièces gespielt, verfügten sich die Festtheilnehmer in den Saal, um den Rest des schönen Tages den Freuden des Tanzes zu widmen, während die auswärtigen Gäste sich zur Heimkehr anschickten. Vertreten waren wohl 12—16 Orte, unter andern: Hainichen, Frankenberg, Seringswalde, Burgstädt, Chemnitz, Baldheim, Klaffenbach. — Unseren Gegnern hat dieses Fest jedenfalls wieder einen Beweis für dem „Rückgang“ unserer Sache geliefert, trotzdem, wie es scheint, hauptsächlich von Seiten einiger ländlichen Pächter's vulgo Gemeindevorstände Alles aufgegeben wird, um solchen Rückgang zu verhindern. So wollten wir neulich in Altmittweida eine Volksversammlung abhalten, Saal und Einberufer hatte ich besorgt und wir brauchten nur die Unterschrift des allgewaltigen Gemeindevorstehers; Selbist ist sein Name. Ich schickte dem Einberufer, einen armen Weber, hinein in die Höhle des Löwen; er ging mit bangen Ahnungen, hatte er doch noch nicht viel Gutes von ihm gehört. — Ich sprach ihm Rath zu und instruirte ihn so gut wie möglich. Nach Verlauf einer Viertelstunde kam er wieder ohne Unterschrift und Amtseigel. Der Dorfstönig hatte erklärt, die Anmeldung nicht zu unterschreiben, da er den Einberufer nicht kenne und derselbe überhaupt erst einige Wochen hier wohne, weshalb er nicht nöthig hätte, zu unterschreiben, auch wären die Sozialdemokraten Faulenzer, Lenteausweigerer u. s. w. Als ich nun zur Unterstützung dem behäbigen Gutbesitzer mit vor's Quartier rückte, um ihn auf die einschlägigen Gesethestellen aufmerksam zu machen und ihn wegen den Verunglimpfungen der Sozialdemokraten zur Rede zu stellen, befahl er mir mit Aufbietung aller Autorität sofort seinen Hof zu verlassen, da er mit mir nichts zu thun habe. Als ich am andern Tag einen andern Einberufer gesucht hatte, welcher dem Gemeindevorstand besser Stand halten und die Unterschrift entgegen sollte, erhielten wir den Saal geländigt. Vorläufig waren also die 30,000 Thlr., welche der Herr Gemeindevorstand besitzen soll und in die wir uns bei unserer Ankunft in Altmittweida sofort „gebeest“ hätten, noch gerettet. — Ferner sprach ich in unserer Nachbarnstadt Seringswalde vor 8 Tagen in öffentlicher Volksversammlung über 1) die sozialistische Arbeiterpartei und 2) Gründung eines Wahlvereins. Am nun die Bewohner der dicht an Seringswalde anliegenden Dörfer: Altgeringswalde, Hümlsdorf u. vor dem sozialistischen Giste zu bewahren, schickte der Gemeindevorstand Engelmann von Altgeringswalde seinen Ortspolizeidiener von Haus zu Haus mit der Einladung zu einer Volksversammlung, welche nachmittags 2 Uhr in dem Gasthause zu Altgeringswalde stattfinden solle, auch wurde gleichzeitig das Gerücht colportirt, der Sprecher sei ein Sozialist; ich sprach denselben Tag, nachmittags halb 4 Uhr, in Seringswalde und gelang es mir, 20 Mann zur Gründung eines Arbeitervereins zu bewegen, auch werden sich die dasigen Arbeiter später der Partei anschließen. Draußen aber in Altgeringswalde sprach der Gutbesitzer Köhler aus Altmittweida, „liberaler“ Candidat für den 18. ländlichen Landtags Wahlbezirk; derselbe hielt seine Candidatenrede. Nach einem Zeitungsbericht sprach er für Verbesserung der Lehrergelöhner, für Abschaffung der Schachtsteuer u. dgl., aber am Schluß erhielten auch die sozialistischen „Heher“ ihre Döcke, sie wurden in den Grund der Hölle verdammt und die „Höhlheit“ ihrer Theorien bloßgelegt. Natürlich können wir uns das nur zur Ehre schätzen, wenn wir von den Parteigenossen des „durchgebrannten“ Vieh angesehen werden, aber hoffentlich gelingt es dem Herrn Gemeindevorstand von Altgeringswalde nicht wieder, die Arbeiter mit Hilfe der Ortspolizei irre zu führen, und zudem glauben wir, die letztere sei zu anderen Sachen da, als wie zur Einberufung politischer Versammlungen.

S. Gladewitz.

Schneeberg-Löhnitz, 21. Juli. Am 10. d. Mts. erhaltete unser Vertreter im Reichstag, W. Liebnecht, in Schneeberg Bericht über die Thätigkeit des Reichstags, wobei er den bismarckischen Parlamentarismus und das jetzt herrschende Staats- und Finanzsystem einer scharfen Kritik unterwarf. Die Gegner, die auf der, trotz der unglücklichen Witterung zahlreich besuchten Versammlung sich nicht hervormagten, rächten sich hintennach durch denunziatorische Artikel. Zum Schluß referirte Liebnecht noch über den 2. Punkt der Tagesordnung: „Die heutige Presse“. Die Versammlung, welche in besserer Weise verließ, und unter dem Vorsitz des Herrn Höppler tagte, erklärte ihr vollstes Einverständnis mit dem Referenten. Am folgenden Tag feierten wir in Löhnitz unser Bezirks-Arbeiterfest. Das Wetter hatte sich zum Guten gestaltet, und kamen aus allen Theilen des Wahlbezirks Besucher.

Nach vorangegangener Festanfang durch die Straßen der Stadt nach dem Schützenhaus, wo das Fest abgehalten wurde, spielte dort zuerst das Musikcorps einige Stücke; dann begrüßte Herr Demmler aus Seier in einer gebieterischen Ansprache die Festgenossen. Hieran kam die Festrrede, gesprochen von Liebnecht, die Aufnahme derselben bewies die begeisterte Stimmung der Anwesenden. Nach Schluß der Festrrede hielten mehrere weibliche und männliche Gesinnungsgenossen Vorträge, und so endete in der schönsten Harmonie das Fest, welches ein erfreuliches Zeugniß dafür abgelegt hat, wie fest die sozialistischen Ideen in unserem vor wenig Jahren noch zweifelhaften Wahlbezirk eingewurzelt sind. — Dem Bezirksfest zu Löhnitz folgte am 25. d. M. ein lange vorher angekündigtes Arbeiterfest in Schneeberg, das gleichfalls recht gut besucht war. Die Festrrede hatte diesmal Geiser übernommen, jedoch passirte demselben der bislang in Sachen unerhörte Fall, daß seitens der Polizei ihm das Reden rundweg verboten wurde. Vermuthliche Gründe konnten für diesen Gewaltthat nicht angegeben werden — unter der Hand aber wurde mitgetheilt, daß der Ortsrichter es vorgezogen hätte, die Festrrede einfach zu verhindern, weil ihm der Auftrag zugegangen war, über dieselbe eingehend Bericht zu erstatten und er in erster Bescheidenheit sich dazu für vollständig unfähig hielt. Abgesehen von diesem Polizeischerze verließ das Fest zu allgemeiner Befriedigung.

Den sich auf das Löhnitzer Arbeiterfest beziehenden Lagen liberaler Blätter gegenüber hat Liebnecht folgende Zeilen an den „Crimmitschauer Bürger- und Bauernfreund“ gerichtet: Die Versammlung in Schneeberg sowohl als das Löhnitzer Fest sind sehr gut ausgefallen. In Schneeberg waren mindestens 700 Personen anwesend, was viel sagen will, wenn man bedenkt, daß das abscheuliche Wetter den Besuch aus der Umgegend unmöglich machte.

Der Geist der Versammlung war ausgezeichnet. Daß man sich Herrn Bismarck denunziert hat, kann mir nur lieb sein. Ich habe den Schänderschwindel, die Affairen Wagener, Patbas u. besprochen, die Ver — — des Invalidenfonds an Grünberggesellschaften zur Sprache gebracht und den Inhalt der bekannten Kreiszeitungsartikels mitgetheilt, es Herrn Bismarck überlassen, sich zu rechtfertigen. Kann er es, gut, so mag er sich an die „Reuz-Zeitung“ halten. Will er aber mich verklagen, auch gut, ich vertrete jedes Wort, welches ich gesprochen, und es kann mich nur freuen, wenn ich die Gelegenheit finde, dem jetzt im „Reich der Gottesfurcht und frommen Sitte“ herrschenden Systeme vor Gericht die Maske abzureißen. Da giebt's keinen Valentin wie im Reichstage.

In Löhnitz war der ganze Wahlbezirk vertreten und die Theilnahme so groß, daß der Saal des Schützenhauses sich als zu klein erwies und ich, unmittelbar nach der Festrrede, mich auf einige Zeit entfernen mußte, weil die Hitze in dem überfüllten Räume mir unerträglich geworden war. Die Begeisterung der Leute war herzerhebend. . . .

Schmölla. Da die am 20. Juni abgehaltene Volksversammlung, in welcher Ufert referirte, aufgelöst wurde, beriefen wir auf Dienstag, den 20. ds. Mts., im Saale des Schützenhauses abermals eine Volksversammlung mit der Tagesordnung: „Fortsetzung der am 20. Juni aufgelösten Volksversammlung“ und „Erläuterung des Programms“. Als Referenten hatten zugezogen Ufert und W. Stolle; als Vorsitzender fungirte Seidel, Unterzeichner als Schriftführer. Ufert unterzog die von Seiten des Bürgermeisters Haase gefasste Beschlüsse einer eingehenden Kritik, bemerkend, daß die Auflösung der 1. Versammlung auf Mißverständnisse hin erfolgt, die 2. ungesetzlich sei, weil ohne die Form, wie sie in öffentlichen Versammlungen beobachtet werden muß, vorgegangen worden sei, und weil gesagt wurde, Referent habe die Internationalen verherlicht und den Patriotismus in einer Weise geschildert, daß dadurch die Vaterlandsliebe verdrängt würde. Dies habe aber nicht auf Wahrheit beruht, indem er die Internationalen gar nicht erwähnt, sondern nur auf das gewerbliche Prinzip des Volkes als ein im internationalen Rahmen wirkendes hingewiesen habe; eben so wenig habe er bei Verdrängung des Patriotismus darauf hingewirkt, die Vaterlandsliebe zu verdrängen, er habe sich daher nicht wenig gemündert, daß gerade ihm der sich zu den gemäßigten Rednern zählte, in Schmölla zweimal hintereinander die Auflösung betroffen hätte. Herr Bürgermeister Haase bat hierauf um Wort und erklärte, da es den Ansehen gewinne, als solle er in der heutigen Versammlung in eine Bretheidigung eingehen, daß er sich durchaus in keine Diskussion einlassen würde, da er als überwachende Person Gesetzeskenntnis besitzen müßte und nur von dem ihm zustehenden Rechte Gebrauch machen würde. Fühle sich Jemand beschwert durch sein Vorgehen so möchte man Anzeige bei seiner Oberbehörde machen, übrigens solle man nicht glauben, daß er die Sache unterbrücken wolle, und ersuche er den Referent, sich in den gesetzlichen Schranken zu halten, damit er die heutige Versammlung nicht nochmals auflösen müßte, was ihm sehr leid sein würde. Ufert bat hierauf zur Wahrung unserer Rechte, es möge ihm erlaubt sein, die Frage aufzuwerfen, auf welche §§ des Gesetzes man sich stütze, und erhielt darauf die Antwort, es stünde den öffentlichen Rednern besser zu, sich um das Gesetz selbst zu kümmern (?). Ufert erwiderte: „Ich habe mich auch darum gekümmert und ist das Resultat bereits im „Volksstaat“ zum Abdruck gelangt.“ Hieran begann Ufert sein Referat und löste seine Aufgabe zur größten Zufriedenheit der überaus zahlreichen Menge, welche amwesend war. Als er eine geraume Zeit gesprochen, gab er dem Referenten W. Stolle Gelegenheit, das Referat zu Ende zu führen. Derselbe begann nach einer kurzen Pause mit einem Rückblick auf die Entstehung der herrschenden Klassen sowie der Lohnsklaverei, betonen, daß dadurch der Sozialismus entspringen und derselbe nicht das Werk einzelner Männer, sondern der Verhältnisse der Zeit sei. Auch diesem Referenten wurde der reichste Beifall zu Theil. Hieran wurde auf die Arbeiterpresse hingewiesen, als das einzige Mittel, sich in die Prinzipien der Sozialdemokratie mehr und mehr hineinzuarbeiten, und schließlich zum Beitritt in die Partei selbst aufgefordert, worauf — da Segner sich nicht zum Wort melden — die Versammlung gegen 12 Uhr geschlossen wurde.

Frankfurt a. M., 26. Juli. Sonntag den 25. Juli, Vormittags 11 Uhr, fand im Pöhlischen Lokale eine sehr zahlreich besuchte Volksversammlung statt. Die Tagesordnung war: 1) Die Versuche zur Hebung des selbstständigen Handwerks. 2) Der gegenwärtige Kulturkampf und welche Partei kämpft für die wahren Interessen des Volkes. — Herr Sabor referirte über den ersten Punkt; seine Rede wurde häufig durch den Beifall der Versammlung unterbrochen. Redner beleuchtete in einflüßiger Rede den Verfall des kleinen Handwerkerstandes durch die Großindustrie und das Kapital und wies nach, daß dem Kleinmeister nichts anderes mehr übrig bliebe, als mit den Arbeitern gemeinsame Sache zu machen und mit denselben Hand in Hand zu gehen. Prinz und Fleischmann beteiligten sich noch an den Debatten, und die etwa amwesenden Kleinmeister wurden aufgefordert, sich zum Worte zu melden, was aber, wie gewöhnlich, nicht geschah, da diese Herrn lieber bei verschlossenen Thüren raisonnieren und schimpfen, als in einer Versammlung sich an den Debatten beteiligen. Der zweite Punkt konnte wegen vorgerückter Zeit nicht erledigt werden und wurde beschloffen, denselben in einer nächsten Versammlung auf die Tagesordnung zu setzen. Schließlich forderte Prinz noch jeden Arbeiter auf, Mitglied der sozialistischen Arbeiterpartei zu werden und dafür zu sorgen, daß die beiden Parteioorgane die größte Verbreitung finden. B. Lindheimer.

Freiburg i. Br., 20. Juli. Unsere Gegner thun sich beläuglich sehr viel auf ihre Bildung zu gut und veräumen keine Gelegenheit, um dieselbe herauszustreichen und der „Kohheit“ und „Verkommenheit“ der Sozialisten und sonstigen „Reichsfeinde“ gegenüber zu stellen. Besonders groß ist der Jammer unserer ehrbaren Spießbürger und ihrer Organe über die Kohheit der Sprache, welche die sozialistischen Blätter führen sollen, und nicht selten weisen sie verblümt oder auch unverblümt darauf hin, ob es nicht an der Zeit wäre, durch verschärftes Vorgehen der Staats-Anwälte diesem „gesellschaftsfählichen Treiben“ ein Ende zu machen.

Heute bringen wir nun einen Beweis für das, was unsere Gegner unter Anstand und gutem Ton dem politischen Gegner gegenüber verstehen, und es mögen die Leser des „Volksstaat“ dann entscheiden, auf welcher Seite Kohheit und Gemeinheit der Sprache zu Hause ist — bei den sozialistischen Blättern oder in den Organen der privilegierten Reichsfreunde. Der betreffende Artikel ist aus der nationalliberalen und altkatholischen „Freiburger Zeitung“ und aus Anlaß einer von unseren Genossen in hiesiger Stadt abgehaltenen Versammlung, in welcher Genosse Hadenberger aus Pforzheim sprach, geschrieben, und lautet wie folgt:

Vor einigen Tagen hielten die Sozialdemokraten eine Versammlung in der Bierbrauerei in der Insel, um einen Vortrag zu hören von einem Individuum, das sich Sozialdemokrat nannte. Sein Vortrag war durchsichtig genug, um zu wissen, wessen Brod er ist. Er beschrieb es das König- und Pfaffenhum des vorigen Jahrhunderts als das Elendeste und Nichtswürdigste, was damals existierte, vergegenwärtigte mit Schwung und Vehemenz die große Revolution von 1789 und verrichtete in einem Zuge die ganze frühere Herrschaft. Gerade als er alle hinrichtete, war er auf's Höchste begeistert und die Zunge um geläufigsten und man könnte sagen: weiß das Herz voll ist, stieß der Mund über, aber das wäre falsch, das hat er nur so anwendig gelernt. Er versteht sich auf sein Geschick. Er schließt mit dem Worte „Pfaff“ so eigenthümlich herum, daß die Gesellenhäusler Vieles schänden mußten, aber doch schämten sie, wohl wissend, daß das Defect ein wahrer Lederbissen für sie werden sollte. Nach der großen Revolution gab es nur Bürger, und das Bürgerthum wurde durch Napoleon bereits in ganz Europa eingeführt und das Volk dem Fürstenjoch entrissen. Die Bürger haben aber ihre Pflicht nicht erfüllt den Arbeitern gegenüber; jetzt ist das Bürgerthum die erbärmlichste Institution auf dem Erdball, es ist die allergemeinste und niederste, schlechteste aller Einrichtungen. Selbst König- und Pfaffenhum waren Gold gegen das heutige Bürgerthum. Das heutige Bürgerthum ist schlechter als Sklaventhum und Sklaventhümer. Die Sklaven wurden wenigstens als eine werthvolle Waare gehalten und gepflegt, aber jetzt ist der Arbeiter gar nichts mehr; körperlich und geistig wollen sie ihn ruinieren, nicht genug, daß sie ihn körperlich verküppeln lassen, den Geist wollen sie auch noch beherrschen. Sie wollen unsere Kinder erziehen und bilden. Auf diese Art wollen sie unseren Stand verbessern. Es geht eben am billigsten auf diese Art.

Wer wird aber Weizen säen auf Felsen oder unfruchtbaren Boden? Nur das Bürgerthum versteht das. Es wird aber nicht wachsen; der Boden, woran der Arbeiterstand gedeihen kann, ist die Gleichheit. Gleichheit ist der einzige Weg, um dem Arbeiter Boden zu verschaffen. Freiheit brauchen wir nicht, jeder Hallunke hoch oder nieder, jeder Bandit, jedes Salbengeficht verlangt Freiheit und kann sie erhalten. Aber ohne Gleichheit giebt's keine Freiheit, welche dem Arbeiter paßt. Das Bürgerthum, das Ungehör und Scherzal des Jahrhunderts, das besitzt unseren Boden, auf dem wir leben sollen, wo unser Samen, unser Weizen leimt und reif wird, und nur auf diesem Boden. Ueber kurz oder lang muß das Bürgerthum abgeschafft werden. Es wird immer schlimmer, gefährlicher und unsinniger. Was ist Alt-Katholizismus? Der blinde Auswuchs des Bürgerthums und des Jahrhunderts. Was heißt Alt-Katholizismus? Religion des Bürgerthums und der krassste Unsin, den nur ein Bürgerthum ins Leben rufen kann; hingegen ehrlich von der Brust gesprochen, ist der Papst der allein Tüchtige, welcher die katholische Religion aufrecht erhält, und muß ja unerschütterlich sein, es ist ja gar nicht anders möglich. Hier wurde zufolge der Aufforderung des Redners durch Erheben der Mittheilungsbanner von den Eigen die Unerschütterlichkeit mit großer Stimmenmehrheit angenommen. Die Gesellenhäusler schämten sich. Also wieder ein Sieg über den Alt-Katholizismus. Beizufügen ist aber, daß ganz gewiß nur der gemeine bezahlte Strick, der alle göttliche und weltliche Ordnung mit Roth beschneidert hat, sich richtig amüset hat; denn selbst diejenigen, welche ihn bezahlten, mußten ganz sicher viel von seinem geifernden Auswurf hinunterschlucken.

Wenn das Individuum noch einige Vorträge halten würde, gingen den Arbeitern wahrscheinlich die Augen aus und würden wenigstens sehen, daß sie es mit einem schmutzigen Handlanger der Pfaffen zu thun hätten und ihn als einen gemeinen Betrüger und Schwindler zu behandeln hätten. Er gehört zu dieser Klasse Arbeiter, welche nur 3 Tage in der Woche arbeiten und Sonntags schimpfen, daß ihnen die gebratenen Tauben nicht in den Mund fliegen.

Das also ist die Bildung der „Reichsfreunde“, in diesem Tone kämpfen sie gegen einen Gegner. Es wäre überflüssig, diesem Geschreibsel noch eine Sylbe beizufügen oder auf die darin enthaltenen Lügen zu antworten; wir wollten diesen Erguß der Reichstreuen bloß veröffentlichen, damit man in weiteren Kreisen ersähe, bis zu welchem Grade von Verkommenheit die national-liberale Presse in manchen Gegenden schon geblieben ist.

Fürth, 24. Juli. Wie vortrefflich deutsche Polizeibeamten die Gesetze anzuwenden verstehen bewies wieder einmal das am 24. d. M. zu Fürth verkündete Urtheil des Bezirksgerichts, wonach Parteigenosse Löwenstein von der Beschuldigung der Uebertretung des Vereinsgesetzes unter Ueberbürdung der Kosten erster und zweiter Instanz auf das Staatsarar freigesprochen worden. In dem Urtheile wird angeführt, es habe sich herausgestellt, daß Löwenstein zur Entziehung des Wortes in der Richtung gegen Grillenberg nicht verpflichtet gewesen sei, nachdem die gegen Grillenberg wegen der Aushörung, in der der Polizeikommissar eine Gesetzwidrigkeit erblickte, eingeleitete strafrechtliche Untersuchung eingestellt worden. — Die Polizeibehörden können daraus lernen, daß ihre „besten“ Beamten (zur Ueberwachung von Versammlungen werden ja nur solche verwendet) selbst zur Erfüllung ziemlich einfacher Aufgaben noch lange nicht gut genug sind.

An die Maurer, Steinhauer und verwandte Berufsgenossen Deutschlands.

Berlin, 20. Juli. Kameraden! Ebenso wie in der politischen Richtung der deutschen Sozialdemokratie, war auch in gewerkschaftlicher Beziehung eine Spaltung vorhanden, d. h. die Männer der Arbeit, welche es sich zur Aufgabe gemacht hatten, in gewerkschaftlicher Organisation anzukämpfen gegen die Ausbeutung und die sonstigen Uebergriffe der Kapitalmacht, waren bisher auch in zwei Lager gespalten. Da war nun innerhalb unserer Gewerbe — wenigstens in letzter Zeit — auf der einen Seite der Allgemeine deutsche Maurer- und Steinhauer-Bund, auf der anderen Seite die Gewerkschaften der Maurer und Zimmerer, beide von dem rechtlichen Willen befeuert, einzutreten für ihr Recht: die Verbesserung ihrer traurigen Lage. Daß es aber in Folge dieser Spaltung zu manchen Zwischigkeiten gekommen ist, weil jede Richtung die rechthabende sein wollte, daß wir deshalb unsern gemeinsamen Feind öfter nicht an der rechten Stelle ansetzten, wir auch durch die Spaltung manchen Schaden erlitten, dieses erst hier noch näher nachzuweisen, halte ich heute für überflüssig. Darum war es gut, daß die Einigkeit endlich zur Wahrheit wurde. Diese Einigkeit ist nun vollzogen; es tagten zum Zwecke ca. 29 Delegirte beider Richtungen in den Tagen vom 12. bis 14. Juli in Hamburg, gemeinschaftlich beratend, Etwas anzubahnen, worunter sich alle Maurer, Steinhauer und deren verwandte Berufsgenossen zunächst in Deutschland vereinigen, ihren gemeinsamen Feind bekämpfen und Hand an's Werk zur Verbesserung ihrer materiellen Lage legen können. Daß wir nicht einen gemeinsamen Feind zu bekämpfen

haben, lasse sich ja kein Arbeiter einprägen, und wenn man noch so viel Harmonie predigt, wenn man noch so sehr sucht, die heutigen Zustände zu lobhübeln von Seiten der verkommenen Bourgeoisie, hinwegzulenken läßt's sich doch nicht, daß, wer uns unsern Lebensunterhalt verdankt, wer uns unser Familienleben zerstört, unsern gemeinsamen Feind sein muß. Dieser unser Feind ist zunächst der Bund der vereinigten Bau-, Maurer- und Zimmermeister Deutschlands. Darum Kameraden allerorts, wohin dieses bringt, zögert nicht, tretet der neugeschaffenen Organisation bei; ich bin fest überzeugt, Reiner von Euch wird es bereuen, einzutreten zu sein in die Reihen der kämpfenden Brüder, wenn Ihr nur erst mit dem Prinzip und der Organisation vertraut seid. Lohnt allen fleischlichen Haß und Hader schwinden, bedenkt, daß wir gemeinschaftlich wirken wollen und müssen für unserer Familien Wohlergehen. Helft ein Jeder mit bauen an diesem großen Bau, dann wird es nicht lange währen, wo wir mit Aller Zufriedenheit den Schlüsselstein einfügen können. — Hauptsächlich rufe ich den Kollegen in Berlin zu, zu bedenken, was wir waren, was wir sind und was wir werden müssen. Es ist wohl zu beachten, wamentlich für die kleineren Städte, daß eine gut organisirte Krankenunterstützungslasse, sowie eine Unterstützungskasse in Sterbefällen für die Mitglieder und deren Gattinnen, ebenfalls mit dabei ist. Wollen nun Kollegen an verschiedenen Städten dem Bruderbunde beitreten, so haben sich dieselben zu wenden an H. Schöning, Hamburg, Jakobikirchhof 29. In und um Berlin können sich dieselben an meine Adresse wenden: Hr. Hurlemann, Stettinerhof 34, vorn, 3 Tr. Die Kollegen in Berlin müssen sich jede Woche in die Versammlungen begeben und sich dort einzeichnen lassen. Wenn nur der gute Wille da ist, dann geht es auch.

Mit collegialischem Gruß  
Hurlemann.  
Alle Parteiblätter werden gebeten, dieses den Maurern, Steinhauern u. durch Abdruck zur Kenntniß zu bringen.

An die Knopfmacher Deutschlands!

Berlin, im Juli. In Betreff unseres Aufrufes an sämtliche Kollegen Deutschlands, als: Steinzeug-, Perlmutter-, Metall-, Blech-, Patent-, Sammet-, Seiden- u. Knopfarbeiter am 21. Mai in Nr. 59 des „Neuen Sozialdemokrat“, am 4. Juni in Nr. 24 des „Gewerksvereins“ und am 23. Juni in Nr. 70 des „Volkstaat“ waren uns keine Nachrichten der auswärtigen Kollegen zugegangen, wir sahen uns genöthigt, und brieflich an die Orte, wo es uns möglich war, Adressen zu erlangen, zu wenden, es sind dies die Orte Frankenhansen, Barmen, Schönebeck, Detmold, Sorau, Braunschweig und Hamburg. Auf dieses hin sind uns bis jetzt nur von Barmen und Elberfeld Berichte zugegangen, wo die Kollegen einen regen Eifer in unserer Sache zeigen, und auch schon tüchtige Fachvereine gegründet haben. Wir ersuchen oder fordern vielmehr alle Kollegen und Parteifreunde in ihrem eigenen Interesse auf, 1) von den Orten, an die schon eine der hier erwähnten brieflichen Aufforderungen ergangen ist, uns eine Antwort, sie sei wie sie wolle, zuzuschicken, um darnach weiter handeln und ihnen mit Rath und That zur Seite stehen zu können. 2) von den hier nicht genannten Ortschaften, wo sich noch Knopfabriken befinden, uns eine Adresse senden zu wollen. (Namen eines Knopfarbeiters mit genauer Wohnungsangabe.)

Kollegen und Parteifreunde! Wir ersuchen Euch nochmals, ihut Eure Schuldigkeit und laßt Euch doch nicht zu oft an Eure Pflicht ermahnen! — Die oben erwähnten Orte, für die wir bei der brieflichen Zusendung kein Lokalstatut zur Gründung eines provisorischen Fachvereins bis zum Congreß hin beigelegt haben, die aber gewillt sind, einen solchen zu gründen, ersuchen wir, uns bald davon zu benachrichtigen, worauf wir ihnen sofort alles Gewünschte, so weit es uns möglich sein wird, zuzuschicken werden. Alle Adressen in dieser Angelegenheit sind zu richten an Julius Winkemann, Berlin N., Stettinerstraße 6.

Obiges zu veröffentlichen sind folgende Organe ersucht worden. „Neuer Sozialdemokrat“, „Volkstaat“, „Braunschweiger Volksfreund“, „Chemnitzer freie Presse“, „Erimmitschauer Bürger- und Bauernfreund“, „Dresdner Volksbote“, „Märker-Fürther Sozialdemokrat“, „Zeitgeist“ und das für die Knopfarbeiter provisorisch anerkannte Gewerksorgan die „Union.“

Die provisorische Central-Commission in Sachen der Vereinigung der Knopfmacher Deutschlands.  
J. Winkemann. A. Brendel. E. Scheer.  
Borfsänger. Stellv. Borfs. Schriftführer.  
Ch. Fieder. D. Seig. A. Hubastoh. A. Schütze.  
Carius. Rumpf. E. Michaelis.

Warnung!

An die Mitglieder des Allgemeinen deutschen Schneidervereins und der verschiedenen Lokal-, Fach- und Streikvereine.

Der unterzeichnete Vorstand warnt hiermit die Kollegen vom Schwirbergelassen Arg. Schmidt aus Heeburg, Insel Hünen, und ersucht im Betretungsfalle denselben der Behörde anzuzeigen, und seine Ermittlung sofort an den unterzeichneten Vorstand zu melden, da derselbe am 24. Juni sich von hier heimlich entfernt und einem seiner Kollegen Stoff zum Anzuge entwendet, sowie noch verschiedene Diebstähle sich hat zu Schulden kommen lassen, indem er der Firma Dahlsen, sowie seinem Logiswirth, welcher ebenfalls auf derselben Werkstelle arbeitet, verschiedene Gegenstände mitnahm.

Hannover, den 23. Juli 1875.  
Der Vorstand des Schneidervereins:  
H. Matthes, Neustraße 45.

NB. Alle arbeitersfreundlichen Blätter werden um Abdruck dieser Warnung gebeten.

Briefkasten

der Redaktion. Kirch Witten: Ihren bereits verbliebenen Bericht sammt Begleit Schreiben haben wir sofort in den Akten des Parteivorstandes eingesandt. Die Aufnahme im „Volkstaat“ wird durch das Alter der Mittheilungen unthunlich gemacht. Schreiben Sie künftighin wieder Briefe, so sorgen Sie freundlich dafür, daß dieselben vor der Abendung nicht länger als 8 bis 8 Tage — beliebt nicht 8 Monate wie diesmal — lagern; mit derlei Schriftstücken geht's nicht wie mit Wein und Delgemälden. — An die Sozialisten St. Johanns: Freundlichen Dank für das eingekommene Gedicht. Mit Ihrer Bewtheiligung der „Wespen“ haben Sie vollkommen Recht; eine Antwort im „Volkstaat“ oder einem anderen unserer Organe verdient das Gedicht aber nicht. Ueberlassen wir sie getrost ihrer Wirthschaft. Ihr Gedicht liegt bei unsern Akten. Reichenberg (Schlitten). Von einer Schillerangelegenheit wissen wir keine Silbe! Das Neueste nächstens. Carolin, Philadelphia: Brief erhalten; von dem Anzeigebildg. ist nur eine eingetroffen. Besten Dank. R. Pf. Erimmitschauer: Ihre Korrespondenz ist angehebert angelangt. Freundlichen Dank. Fischer Jülich: Wir haben Ihre beiden Annoncen der Expedition übergeben. Dr. R. Stolpen: Die Artikel über Nationalökonomie bilden ein wenigstens vorläufig geschlossenes Ganze, sie erscheinen

in nächster Zeit in Broschurenform. Ihr Verfasser ist Schramm. — Wiener Echnitz. Der Bericht erst Montag in unsere Hände gelangt, also für die Mittwochsnummer um 48 Stunden zu spät. — Sollte der Aufsatz überhaupt im „Volkstaat“ abgedruckt werden?

der Expedition: Echte Wandbed. Die Annonce kam für die Sonntagnummer zu spät. Ritter Sangerhausen: Die 240. haben wir an die Administration der Gleichheit zum angegebenen Zwecke übersandt. Mehr Bari: Am 23. Juli ist ein Kreuzband mit den verlangten Schriften an Sie abgegangen.

Quittung.  
der Expedition: 3 Mär hier Schr. 4, 19. Räte Wandbed Ann. 0,70. Bericht Mittwoch Ann. 4,00. Erdm. Gotha Schr. 5,40. Sch. hier Ab. 0,45. Miss Dresden Schr. 0,33. Der Märker Schr. 5,00. Ruf Apolda Ann. 3,00. Mär. Sangerhausen Ab. 1,60. Schr. 0,20. Schütz Danzig Ann. 0,50. By. Catrigisch Ab. 1,25. Von Penig Schr. 2,00. Metallarbeiter - Gew. Leipzig Ann. 3,20. Der hier Ab. 1,80. Ehret Kollisch Schr. 0,80. Schr. Vindennas Ab. 13,05.

Borsdorf

Vorläufige Anzeige.  
Sonntag, den 22. August.

Großes Volksfest.

verbunden mit italienischer Nacht im Bari.  
Das Programm wird später bekannt gemacht. — Der etwaige Ueberfluß wird zur Gründung einer Allgemeinen Krankenkasse verwendet. Arbeiter Leipzigs und Umgebend! Wir erwarten von Euch, daß Ihr uns so viel wie möglich in unserm Streben mit Eurem Besuche unterstützt, denn es gilt ja auch hier zu sein. Das Comité.  
(36) J. A.: Heinrich Kühn. [250]

Chemnitz

Gewerkschaft der Maurer u. Zimmerer.  
Montag, den 23. August 1875:

Stiftungsball

mit freier Nacht,  
in den Localitäten des Herrn Matthes zu Schloßchemnitz. — Anfang Abends 8 Uhr. — Entré 75 Pfennige.

Genossen von Anwärts haben freien Zutritt. Das Comité. [200]

Hamburg

Gewerkschaft der Schneider.  
Donnerstag, den 6. August, Abends 9 Uhr im Lyzeum, Neuhäbter-Neustraße 25:

Mitgliederversammlung.

L.-D.: Vortrag. — Vereinsangelegenheiten. J. G. Hof. [50]

Hamburg

Gewerkschaft der Holzarbeiter.  
Mittwoch, den 4. August, Abends halb 9 Uhr,  
Schuppensteil 22:

Versammlung.

L.-D.: Bericht von der Generalversammlung zu Leipzig.  
P. Maritzenffen, Bev. [60]

Hamburg St. Pauli

Mittwoch, den 4. August, Abends halb 9 Uhr in der Elisabeth-Halle:

Öffentliche Schuhmacher-Versammlung.

L.-D.: Korporationsbewegung. Rufen der Gewerkschaft der Schuhmacher. — Alle Kollegen müssen am Platze sein. E. Rudmann. [50]

Vindennau

Freitag, den 6. August, im Saale der guten Quelle:

Volksversammlung

für Vindennau, Plagwitz und Umgebend.

L.-D.: Unsere Localpresse und ihr Verhalten zu den Lohnherabsetzungen. Referent: Reichstagsabgeordneter Mittler.

Die Parteigenossen der Umgebend werden gebeten, vollzählig zu erscheinen. [80]

Leipzig

Die unentgeltliche Arbeits-Vermittlung für Tapezierer-gehilfen befindet sich Kanndäbtersteinweg 74, (goldne Laute). (34)

Leipzig

Donnerstag, 6. August, Abends halb 9 Uhr im Bellevue, Kreuzstraße:

Sozialisten-Versammlung.

L.-D.: Vortrag über die Hirsch-Dunderschen und sozialistischen Gewerkschaften von Rud. Seiffert. 2) Politische Rundschau von Friedrich. 3) Fragekasten.

Zahlreiches Erscheinen der Arbeiter, besonders der Gewerkschaftsmitglieder erwartet. Der Agent. [80]

Leipzig

Gewerkschaft der Holzarbeiter.  
Sonntag, den 7. August:

Versammlung,  
Windmühlenstraße 7.

L.-D.: Soziale Ueberflucht von Bornemann. Aufnahme neuer Mitglieder. Der Bev. [60]

Alannheim.

Holzarbeiter-Gewerkschaft.  
Sonntag, den 8. August:

Erstes Stiftungsfest

mit Concert, Prolog, Feste und Ball in den Localitäten des Badner Hofes.

Anfang des Concerts 4 Uhr, des Balles 8<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr.

Wir laden alle Freunde und Gesinnungsgenossen hiermit freundlichst ein. Das Festcomité. [200]

Gewandte und solide

Colporteurs

finden dauerndes Engagement in G. Kretschs Volksbuchhandlung in Apolda. (24)

Empfehlung.

Den Parteigenossen, welche gegenwärtig in Denuz beschäftigt sind, empfehle ich mich für guten Willens und verpreche treue und thätige Bedienung.

Carl Brenner, Schlichter, Neustraße 24. [100]

Soeben ist im Verlage der Genossenschaftsdruckerei in Leipzig erschienen und durch die Buchhandlung des „Volkstaat“ und die Expedition des „Neuen Sozialdemokrat“ in Berlin zu beziehen:

A. Geib: Der Normalarbeitstag.

(36) Preis pr. Expl. 15 Pf.

Allgemeine

deutsche Assoziations-Buchdruckerei zu Berlin.

(Eingetragene Genossenschaft.)

Da in Folge eines Druckfehlers in der Einberufungsannonce des „Volkstaat“ die Behörde zu Berlin die Beschlässe der außerordentlichen Generalversammlung vom 18. Juni dieses Jahres für unglücklich erklärt hat, so ist auch die in Nr. 88 des „Neuen Sozialdemokrat“ annoncirte Wahl der Herren W. Dasselmann, F. W. Frische und H. Radow zu Vorstandsmitgliedern als nicht geschehen zu betrachten, und führt der unterzeichnete bis herige Vorstand bis auf Weiteres die Geschäfte der Genossenschaft fort.

Wib. Hasenclever, L. Disponent.

H. Dasselmann, H. Disponent.

H. Radow, Kassirer. [180]

Allgemeine

deutsche Assoziations-Buchdruckerei zu Berlin.

(Eingetragene Genossenschaft.)

Auf Grund der Statuten beruft der unterzeichnete Aufsichtsrath zu Sonntag, den 29. August d. J., Vormittag 11 Uhr in das Lokal des Herrn Vogel, Alexanderstraße 31 zu Berlin eine außerordentliche Generalversammlung ein.

Berlin, den 2. August 1875.

Der Aufsichtsrath. J. A.: Ed. Bernstein, Schriftf. [100]

Verantwortlich: Redacteur: D. Hundt.

Redaktion Poststraße 4, Expedition Feilerstraße 44, in Leipzig.

Druck und Verlag der Genossenschaftsdruckerei in Leipzig.